

# Stadt will alle Bürgermeister anschreiben

## Jugendwerkstatt: Diakonie befürchtet das Aus

Die Stadt teilt die Sorgen des Diakonieverbands um den Fortbestand der Burgdorfer Jugendwerkstatt. Um auf der Berliner Politikbühne auch gehört zu werden, will Burgdorf alle Bürgermeister in der Region Hannover ins Boot holen.

VON ANETTE WULF-DETMER

**BURGDORF.** Gestern haben Bürgermeister Alfred Baxmann, Erster Stadtrat Dagobert Strecker und Jens Niemann vom Jugendamt die Jugendwerkstatt des Diakonieverbands besucht. Einziges Thema war das mögliche Aus für die Einrichtung, die seit zwölf Jahren benachteiligte junge Menschen im Alter von 14 bis 27 Jahren betreut und gefördert, um ihnen eine Perspektive zu geben.

Leiterin Gun-da Obst und Jörg Engmann, Geschäftsführer des Diakonieverbands Hannover-Land, befürchten, dass die Jugendwerkstätten – 14 gibt es allein in der Region Hannover – ab April 2012 mit weitaus weniger Geld auskommen müssen als bisher. Das wäre die Folge, wenn das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen auf dem Arbeitsmarkt wie geplant verabschiedet würde. Derzeit zahlt das Jobcenter für jeden betreuten Jugendlichen 450 Euro pro Monat, danach würden es nur noch 150 sein. Diese Lücke könne der Diakonieverband nicht schließen, sagte Engmann. Auch Burgdorf könne

nicht ernsthaft als Ersatz einspringen, erklärte Niemann, „wenn wir uns auch mit einem Plan B beschäftigen werden. Schließlich ist es im ureigenen Interesse der Stadt, dass die Werkstatt erhalten bleibt“.

Doch zunächst will Burgdorf alle Register der politischen Einflussnahme ziehen. „Wir werden die Bürgermeister in der Region sowie die Bundes- und Landtagsabgeordneten anschreiben, um eine gemeinsame Front aufzubauen“, versprach der Bürgermeister. „Ohne über die Folgen nachzudenken, wird hier ein erfolgreiches Modell

aufs Spiel gesetzt“, kritisierte Baxmann.

Auf die Sorge der Träger von Jugendwerkstätten hat inzwischen auch Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen reagiert. „Nach einer ersten Prüfung durch das Minis-

terium können die Jobcenter die Werkstätten auch nach der Neuregelung existenzsichernd fördern“, heißt es in einer Erklärung ihres Ministeriums. Es gebe eine Vielzahl alternativer Wege, die Finanzierung auf andere, tragfähigere Füße zu stellen, wie es andere Bundesländer praktizierten, sagte eine Sprecherin. Dies ohne Abstriche hinzubekommen, wird nach Auffassung des Jobcenters Region Hannover aber schwierig. „Wir schätzen die Arbeit der Jugendwerkstätten und suchen nach Lösungen“, sagte dessen Sprecherin.

Es wird ein  
erfolgreiches  
Modell aufs  
Spiel gesetzt.

Alfred Baxmann  
Bürgermeister